

MiB

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

Onlineausgabe

Mitteilungsblatt

Nr. 6 vom 18. Juni 2013



LINKE solidarisch mit den Flutopfern

Bereits vor 11 Jahren durchlebten Sachsen und ganz Ostdeutschland die sogenannte Jahrhundertflut. Jetzt leben wir immer noch im gleichen Jahrhundert und eine zweite Flut von ähnlichen Ausmaßen trifft uns erneut. Stärker noch als 2002 scheint aber diesmal die Flut der Politikerinnen und Politiker, die am Ort des Desasters für die Medien telegen Säcke stapeln und Gummistiefel durch die Gegend tragen. Diese Heuchelei ist allerdings schwer zu ertragen, denn der Bundes- und Landespolitik ist eine gehörige Mitschuld für die Überflutung ganzer Landstriche anzulasten. Wer in Flüssen vorwiegend Verkehrswege sieht und am Klimakiller Braunkohle festhält, blockiert Veränderungen der Umweltpolitik, die dringend notwendig sind.

Die Überschwemmungen sind nämlich ein Symptom, keinesfalls die Ursache. Grund dafür ist letztendlich die rasante Erdwärmung, die wiederum in einer kapitalistischen Wirtschaftsweise begründet ist, die auf den zügellosen Raubbau an der Natur und die Zerstörung unseres Planeten abzielt. Der Ausstoß von Treibhausgasen müssten viel schneller gesenkt werden als bisher; ebenso muss die dezentrale Energiewende endlich Vorrang vor den Profitinteressen der Stromkonzern er-

halten. Es ist daher ganz wichtig, dass es mit der LINKEN zumindest eine Partei gibt, die konsequent für den sozial-ökologischen Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft eintritt. Gerade in den bevorstehenden Monaten des Bundestagswahlkampfes ist dieser Aspekt unseres Wahlprogramms, das am vergangenen Wochenende in Dresden beschlossen wurde, immer wieder hervorzuheben.

Während das Hochwasser viele kleinere Städte in Sachsen wieder voll erwischte, konnten wir in Leipzig mit Geschick und auch etwas Glück die Katastrophe trotz rekordverdächtiger Wassermassen abwenden. Dabei zeigte sich, dass die Investitionen in den Hochwasserschutz in den vergangenen Jahren richtig waren, ohne Schwachstellen insbesondere im Leipziger Süden zu übersehen, bei deren Beseitigung vor allem die Landespolitik gefordert ist. Entscheidend für

das Abwenden der Flut war das kompetente Agieren des Krisenstabes unter Leitung unseres Bürgermeisters Heiko Rosenthal. Die Leipziger LINKE möchte auch an dieser Stelle nochmals allen Einsatzkräften von Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk, der Bundeswehr, dem DRK usw. sowie den beteiligten Ämtern der Stadt sowie den zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfern ganz herzlich danken. Sie allen haben durch ihr gemeinsames Handeln einen entscheidenden Beitrag dafür geleistet, dass Leipzig um große Schäden herumkam.

Bereits zu Beginn der dramatischen Ereignisse setzte der Leipziger Stadtverband gemeinsam mit seinen vier Landtagsabgeordneten ein kleines Zeichen der Solidarität mit den Betroffenen und spendete 1.000 Euro. Es war für uns darüber hinaus nahezu eine politische Selbstverständlichkeit,

wegen des Hochwassers unseren Stadtparteitag um drei Wochen auf den 29. Juni zu verschieben. Alternativ absolvierten ein dutzend Delegierte einen solidarischen Einsatz in verschiedenen Orten des Katastrophengebiets, der vor Ort auf viel positive Resonanz und Anerkennung stieß.

**Bitte beachten:
Der Stadtparteitag findet
nunmehr am 29. Juni 2013
ab 09.30 Uhr im Haus
der Stadtmission,
Demmeringstraße 18
in 04177 Leipzig statt.**

Dr. Volker Külöw

Popcorn & Bettelsuppe

Modell zur Ansprache moderner Milieus und Zielgruppen.

Der Befund, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander bewegt, dass immer weniger Menschen am wachsenden Wohlstand partizipieren können, ist eine Haupt herausforderung für unsere Partei. Wir streben eine Gesellschaft an, an der alle gleichberechtigt teilhaben können. Doch diese Zielstellung muss sich mit einer veränderten Gesellschaftsstruktur auseinandersetzen. Das klassische Erwerbsarbeitsverhältnis ist ein Auslaufmodell, immer mehr Menschen sind, obwohl sie einer Erwerbsarbeit nachgehen, arm. Zahlreiche Menschen wiederum sind erwerbslos, aber vollends ausgefüllt mit ehrenamtlicher Arbeit in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen.

Gerade in der Sphäre von Wissens- und Kreativarbeit* haben wir es mit einem wachsenden Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse und befristeter Projekte oder aber wie in der sozialen Arbeit mit ebenfalls prekären Formen der (Schein-)Selbstständigkeit, Honorartätigkeiten und befristeten Lehraufträgen zu tun. Gleichzeitig sind in diesen Bereichen die Identifikation mit dem eigenen Tun und Flexibilitätsanforderungen immens hoch, so dass der Übergang zwischen Freizeit und Arbeit fließend wird. Dies führt unterm Strich zu permanenter Verfügbarkeit für den Arbeitsprozess, zu Überlastung und Ausgebrannt-Sein.

Die Zahl von so genannten Freelancern**, zu denen vor allem selbstständige WissensarbeiterInnen gehören, ist von 1998 bis 2008 bundesweit um 40 % auf über 4 Millionen geklettert; die Tendenz ist steigend.

In Leipzig bilden die Stadtbezirke Süd- und Alt-West den Knotenpunkt dieser „neuen“ Spezies“, insbesondere die dort gelegenen Ortsteile Plagwitz, Lindenau, Altlindenau und Leutzsch ziehen in jüngster Zeit überdurchschnittlich junge und Neu-LeipzigerInnen an.

Zu jenen Bereichen der Kreativwirtschaft kommt – ebenfalls in Süd- und Altwest – eine wachsende Zahl von zumeist jungen Menschen, die sich in

gemeinnützig orientierten Kollektiven zusammenschließen, Häuser kaufen, Instandsetzen und vielfältige soziale, politische, kulturelle und ökologische Aktivitäten entfalten. Ihre Lebensbedingungen ähneln jenen der KreativwirtschaftlerInnen, sind jedoch um einiges prekärer, da ihre gesellschaftliche Tätigkeit und Selbstverwirklichung in der Regel nicht entlohnt wird.

Die Stadt Leipzig ist wie viele andere Metropolen auf den Kreativwirtschaftshype angesprungen – schließlich erscheint dieser Bereich als letzter Anker in Zeiten des Niedergangs traditioneller Wirtschaftszweige und sitzt inzwischen bundesweit fest als Bestandteil des Stadt- und Standortmarketings im Sattel. So müht sich die Stadt mehr schlecht als recht, Rahmenbedingungen für die Entfaltung zumindest profitabler Kreativer zu schaffen.

Diese Ansiedlungen ziehen in den benannten Leipziger Vierteln spürbare Alters- und Milieu-Wandlungen nach sich. Daraus wiederum folgt eine kulturelle und auch ökonomische Aufwertung der Quartiere, die berühmt-berüchtigte Gentrifizierung, die Viertel wie Südvorstadt oder Schleußig und z. T. auch Connewitz längst erfasst hat, kommt mit großen Schritten und ist auch auf den Straßen unübersehbar.

Als LINKE müssen wir auf diese Entwicklungen, deren Ende längst nicht abzusehen ist, sensibel und bedacht reagieren – doch vor allem müssen wir überhaupt reagieren. Die ausschließliche Konzentration auf angestammte Milieus wie die älterer und generell DDR-sozialisierter Menschen führt perspektivisch ins Nichts. Zudem sind und bleiben linke Inhalte generations- und milieuübergreifend interessant, und die soziale Frage ist für weite Teile der Bevölkerung, auch die der „neuen Milieus“, nach wie vor existenziell. Es reicht allerdings nicht, alten Wein in neue Schläuche zu gießen. Wir brauchen eine wohlüberlegte Reaktion auf die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, insbesondere in den Großstädten.

Dies versucht das Ende 2012 gegründete Netzwerk Schлиндewitz in Leipzig. Der Name des offenen, aber dennoch klar bei der LINKEN angesiedelten

Kreises bildet dessen Verortung und Aktionsraum ab: die Leipziger Ortsteile Plagwitz, Lindenau und Schleußig. Ortsteile, in denen die Grünen immer mehr aufbauen und auch neue Akteure auf dem parteipolitischen Tableau wie beispielsweise OBM Kandidat Dirk Feiertag Resonanz finden. Image und Auftreten der LINKEN stoßen die junge, selbstbestimmungsorientierte, aber durchaus auf Gerechtigkeit ausgerichtete Klientel, wie sie in Süd-/Altwest vorzufinden ist, bisher leider ab. Schлиндewitz will dies ändern und mit inhaltlichen Veranstaltungen und Aktionen einen alternativen LINKEN Ansatz erproben. Es geht dabei nicht nur um Auftreten und passende Identifikationsfiguren, es geht vor allem um andere Methoden und Themensetzungen.

Im Februar 2013 gab Schлиндewitz mit zwei kurz aufeinander folgenden Veranstaltungen sein Debüt. Im Rahmen eines Kurzfilmabends wurden die Themen Arbeit, Ökologie und Bildung bearbeitet. Leitbild dabei war, lokale Problemlagen mit emanzipatorischen Visionen zu verknüpfen. Mehr als 30 Leute, die nicht zum Kreis der üblichen Verdächtigen gehören, nahmen das Angebot wahr und diskutierten, inspiriert durch thematische Kurzfilme und zugespitzte, performative Inputs unter anderem über das bedingungslose Grundeinkommen, über Solidarische Ökonomie, die Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs, Freiräume für selbstbestimmtes Arbeiten und Leben oder Lernen jenseits der traditionellen staatlichen Rahmenbedingungen. Die drei Themen werden nun in Folgeveranstaltungen aufgegriffen und eingehend diskutiert. Zuerst soll der gebührenfreie und fahrscheinlose öffentliche Personennahverkehr auf die Agenda gesetzt werden.

Das zweite Schлиндewitz-Projekt beschäftigt sich mit Prekarität und Prekarisierung. Für zahlreiche Akteure der benannten Milieus ist dies ein allgegenwärtiges und daher drängendes Problem. Mit einem „call for papers“ rief das Netzwerk Schлиндewitz Anfang des Jahres dazu auf, Beiträge – in Wort, Bild oder Ton – einzureichen, in denen sich mit der eigenen unsiche-

ren Situation auseinandergesetzt wird. Darauf meldeten sich sechs AkteurInnen, darunter sowohl KünstlerInnen, HausprojektbewohnerInnen und sozial Engagierte, mit sehr unterschiedlichen Einsendungen. Diese EinreicherInnen und weitere 50 Interessierte diskutierten am Abend des 12. Februar in der Galerie Westpol mit Katja Kipping: über ihre Erfahrungen mit prekären Arbeiten und Leben, über gemeinsame Interventionsmöglichkeiten, um dies zu ändern und über weitergehende gesellschaftliche Visionen. Ganz bewusst hatten sich die Schlindewitz-Aktiven dafür entschieden, eine Veranstaltung zu organisieren, die einen Austausch auf Augenhöhe ermöglicht und damit dem klassischen Format „prominente PolitikerIn erklärt einer diffusen Zielgruppe wie schlecht alles ist und was die LINKE dagegen tun kann“ entgegen tritt.

Genau dieses Konzept soll in der weiteren Arbeit von Schlindewitz auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Zuhören und Aufnehmen, Hierarchiefreiheit und Offenheit sind essentielle Vorbedingungen für die Arbeit mit den beschriebenen Milieus. Es wird wenig vielversprechend sein, sie mit traditionellen Verkündungskonzepten, mit Parteisitzungsformaten und klassischen Themensetzungen zu erreichen. Sie zu gewinnen, dürfte mit jenen Methoden unmöglich bleiben. Solcherart Neuorientierungen bedarf übrigens die gesamte Partei. Es darf nicht bei Nischen-Modell-Versuchen wie mit Schlindewitz oder Offenen Büros bleiben. Es gilt, lebensweltliche Nähe herzustellen, damit das gemeinsame Leitziel einer sozialen, solidarischen Gesellschaft auch als gemeinsames modelliert und erkämpft werden kann.

Netzwerk Schlindewitz, <http://schlindewitz.de>, kontakt@schlindewitz.de

* Wissens- und KreativarbeiterInnen sind Menschen, die in ihrem Beruf kreativ oder künstlerisch mit Texten, Bildern, Software, Plänen, Entwürfen arbeiten bzw. Wissen schaffen, anwenden und weiterentwickeln.

** Freelancer sind Selbstständige, die aufgrund ihres „freien“ Status zumeist nicht den Regelungen des Arbeitsrechtes unterworfen und auch nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Unternehmen tendieren immer mehr dazu, fest angestellte MitarbeiterInnen in die Scheinselbstständigkeit zu drängen, d. h. ihre Leistungen kontinuierlich in Anspruch zu nehmen, ohne sie als feste MitarbeiterInnen zu beschäftigen.

Juliane Nagel

Was gesagt werden muss!

Wenn man sich selbst erhöhen will, muss man andere niedrig halten.

Und dies tut man, indem man diejenigen ständig kritisiert, die die eigentliche Arbeit, die reale Arbeit machen und zwar nicht mit Worten, sondern mit Taten.

Leider ist in unserer Partei ein solcher Zustand entstanden. Diejenigen, die ständig diejenigen kritisieren, die die Arbeit durchführen, ob gut oder schlecht sei dahingestellt, haben oft nicht viel zum Erfolg beigetragen.

Wirklich helfende Hinweise sind auch in ihren Auswertungen nicht zu erkennen, auch wenn diese lang sind und

„wissenschaftlich“ klingen. Aber all dies interessiert den Wähler nicht.

Er prüft nur, ob derjenige, den er wählen soll oder möchte, die gleiche Sprache spricht wie er (der Wähler), damit er wirklich aus seiner Sicht den „Volksvertreter“ wählt. Und dabei sind ihm innerparteiliche Grabenkämpfe egal.

Aber Zerstrittenheit in einer Partei, die nach außen wirkt, stellt leider keine Vertrauensbasis her. Und der Wähler wird sich abwenden.

Und genau in diesem Dilemma befinden wir uns.

Die einen meinen, das besser zu können als die anderen, Jung und Alt wird

gegeneinander ausgespielt. Jeder zieht an einem anderen Strang, in eine andere Richtung. Wichtiges wird boykottiert, Unwichtiges wird auf den Sockel gehoben.

Daraus entstehen keine neuen Lösungsansätze, und damit gewinnt man keine einzige Stimme.

Wäre es nicht besser, man würde wieder eine eingeschworene Gemeinschaft, die an einem Strang zieht, um gemeinsam das Ziel zu erreichen ?

Und unser Ziel sollte doch allen bekannt sein!

Maritta Brückner

Buchpremiere mit Egon Krenz in Leipzig

Gemeinsame Buchpremiere vom Verlag Das Neue Berlin und LEIPZIGS NEUE, Freitag, den 28. Juni 2013, 19.00 Uhr, Alte Handelsbörse (Naschmarkt 1)

Dass Egon Krenz ein Buch über den gebürtigen Leipziger Walter Ulbricht macht, war in einer bestimmten

Presse eine mitteilenswerte Tatsache. Der eine Diktator schreibt über den anderen Diktator, hieß die unterschwellige Botschaft: Da wird schon etwas Bizarres herauskommen. Das weitaus Interessantere an diesem Buchprojekt, das aus Anlass des 120. Geburtstages von Ulbricht erscheint, und mit dem zugleich auch an seinen Tod vor 40. Jahren erinnert werden soll, ist etwas ganz anderes. Egon Krenz hat an die siebzig Personen

der Zeitgeschichte befragt, die in dieser oder jener Form mit dem einstigen Staats- und Parteichef zu tun hatten. Herausgekommen ist gleichsam eine Heerschaar von Zeitzugenen, und wenn man deren Alter bedenkt, weiß man, dass dies vermutlich bei sehr vielen die letzte Möglichkeit zur öffentlichen Mitteilung war.

„Walter Ulbricht“. Herausgegeben von Egon Krenz, ca. 608 Seiten, 24,99 Euro Erscheint im Juni im Verlag Das Neue Berlin

Zur laufenden Feminismusdebatte im Stadtverband - Das wahre Gesicht der AG LISA



Arbeitsteilung

Auf der Suche nach dem großen i



Du hast ein Ziel vor Augen



Erwischt Sie untergraben das Patriarchat

Keine Zeit für unsere Kinder



Beate Ehms
AG LISA

Fotos: Gerd Eiltzer

In eigener Sache

In den vergangenen Ausgaben des Mitteilungsblattes hatten wir als Redaktion das Problem, dass wir nicht alle uns zugesandten Beiträge im Heft veröffentlichen konnten.

Aus diesem Grund wird es zukünftig zwei Ausgaben des Mitteilungsblattes geben, die gewohnte Druckausgabe und eine Online - Ausgabe die dann bei Bedarf etwas umfangreicher sein wird.

Ein weiteres Problem bei der Produktion des Mitteilungsblattes ist der Standard der eingereichten Beiträge. Ein Bild, das in eine doc Datei eingekopiert ist erfüllt in keiner Weise die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Druckvorlage.

Die Redaktion des Mitteilungsblattes

hat sich deshalb entschlossen für zukünftige Beiträge zur Druckausgabe folgende Standards vorzugeben:

Artikel nur Text: doc, docx oder odt Datei mit max. 5.000 Zeichen (mit Leerzeichen) bei einem Schriftgrad 12 pt. und der Schriftart Times New Roman, mit Bild entsprechend weniger. **Bilder und Grafiken** bitte als Grafikdatei im Format JPG TIFF oder PNG.

Die Standards für die Onlineausgabe werden wir nach den ersten Erfahrungen mit der Online - Ausgabe bekanntgeben.

Wir danken Euch für Euer Verständnis und werden uns auch weiterhin bemühen ein für alle Genossinnen und Genossen interessantes Mitteilungsblatt zu gestalten.

Die Redaktion

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Fon: 0341/14 06 44 11
Fax: 0341/14 06 44 18
web: www.dielinke-leipzig.de
email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 25 50 42 22
BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Dr. Christina Mertha
Naomi-Pia Witte (V.i.S.d.P.)
Simon Zeise

Gestaltung: Naomi-Pia Witte
Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 7/2013 ist Mittwoch, 03. Juli 2013. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.

Europäische Menschenrechtskonvention hat Vorrang gegenüber EU-Recht

Auf „europäischer“ Ebene gibt es zwei verschiedene Gerichte – den Europäischen Gerichtshof (EuGH) als höchstes Gericht der EU, Sitz Luxemburg, und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), Sitz Straßburg.

Wichtigste Aufgabe des EuGH ist die Urteilssprechung bei Klagen gegen Verletzungen der Regeln des Gemeinsamen Binnenmarktes der EU. Der EGMR wurde 1959 auf Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) von 1950 errichtet. Er geht ursprünglich auf die Gründung des Europarats – der größten europäischen politischen Organisation mit 47 Mitgliedstaaten – 1949 zurück. Es ist eindeutig, dass diese beiden Gerichte auf dem Gebiet der sozialen Grundrechte der Lohnabhängigen verschiedene Urteile gefällt haben.

Vom EuGH gibt es Urteile, die als Angriffe auf das Grundrecht auf Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit zu bewerten sind. Die bekanntesten Urteile fielen in den Fällen von Viking bzw. Laval am 11. und 18. Dezember 2007. Dort wurde entschieden, dass Streikaktionen gegen Lohn- und Sozialdumping als Verletzungen des Rechts der Unternehmer auf Niederlassungs- bzw. Dienstleistungsfreiheit (damals nach Art. 43 bzw. 49 des EG-Vertrages, jetzt nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU Art. 49 und 56) anzusehen ist. Auch wenn der EuGH dort erstmals anerkannte, dass „das Recht auf Durchführung einer kollektiven Maßnahme, einschließlich des Streikrechts, als Grundrecht fester Bestandteil der allgemeinen Grundsätze des EU-Rechts“ ist, wurde dieses aber gleichzeitig mit Einschränkungen versehen. Diese haben die Folge, dass es in cross-border-Auseinandersetzungen innerhalb der EU, kaum umgesetzt werden kann, ohne dass Schadenersatzklagen befürchtet werden müssen. Diese Urteile haben die Beziehungen zwischen den europäischen Gewerkschaften und der EU

belastet.

Anders als bei Viking und Laval hat der EGMR in den letzten Jahren aus gewerkschaftlicher Sicht freundlichere Urteile gefällt. Grundlage dafür ist der Art. 11 der EMRK, also das Recht auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit. Diese Rechte, wie bei anderen Artikeln der EMRK, gehören zum Grundbestand der Menschenrechte und haben juristische Auswirkungen in den Staaten, die sie unterzeichnet und ihre Normen in ihren Gesetzen umgesetzt haben.

Vom EGMR gibt es Grundsatzurteile gegen GB 2002 im Fall Wilson und Palmer sowie 2007 wegen der Entscheidung der Lokführergewerkschaft ASLEF, ein Mitglied der rechtsextremen British National Party auszuschießen. Im Fall Wilson und Palmer entschied der EGMR u. a., dass Versuche der Boulevardzeitung Daily Mail Mitarbeiter zu bestechen, falls sie bereit waren, ihre gewerkschaftlichen Rechte bei Tarifverhandlungen aufzugeben, als Vorstoß gegen Art. 11 zu werten ist. Im Fall ASLEF geht es um die Entscheidung dieser Gewerkschaft, die Mitgliedschaft Angehörigen rassistischer oder faschistischer Organisationen zu verweigern bzw. zu entziehen. Der EGMR entschied, dass dies kein Vorstoß gegen die EMRK darstellt. Im Kampf gegen Rassismus und Faschismus ist dieses wichtige Urteil zu beachten.

November 2008 fiel ein Grundsatzurteil des EGMR im Fall Demir und Baykara gegen die Türkei, also gegen einen Staat, der die Absicht hat, der EU beizutreten und gleichzeitig in der Öffentlichkeit oft wegen Menschenrechtsfragen kritisiert wird. In diesem Fall ging es um die erfolgreiche Klage gegen Verletzungen einer Kollektivvereinbarung durch die Gemeinde Gaziantep. Nach den gewerkschaftlichen Rückschlägen in Viking und Laval hat der EGMR 2008 nicht nur die Rechtslage in ganz Europa klar bestätigt, sondern auch den Art. 11 gestärkt.

Danach ergingen vom EGMR weitere Urteile gegen die Türkei in Bezug auf Art. 11.

Was sind die Grundlagen für diese widersprüchlichen Urteile? Ohne Zweifel die Widersprüche zwischen den neoliberalen Regeln des Gemeinsamen Binnenmarktes der EU und den Artikeln der EMRK, die in der neoliberalen Politik aber keinen Eingang gefunden haben. Da es Verhandlungen über den Beitritt der EU zur EMRK gibt, stellt sich die Frage, was hat Vorrang? Als Reaktion auf die diskreditierte Monti II-Verordnung der EU Kommission stellte der Gewerkschaftsbund Österreichs im April 2012 die Rechtslage in (ganz) Europa klar: „Die EMRK hat gegenüber EU-Recht eindeutig Vorrang. Der EGMR hat unter Bezugnahme auf die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit nach Artikel 11 EMRK nicht nur das Recht auf Kollektivverhandlungen, sondern auch das Streikrecht bejaht. Wirtschaftliche Marktfreiheiten stellen kein ‚dringendes gesellschaftliches Bedürfnis‘ dar, mit dem ein Eingriff in das ‚Menschenrecht Streikrecht‘ gerechtfertigt werden könnte“.

In seiner „Europarede“ vom 23. Januar dieses Jahres äußerte der britische Premier David Cameron harsche Kritik an einigen Gerichtsurteilen, nicht vom EuGH sondern vom EGMR! Die Gefahr aus gewerkschaftlicher Sicht steht, dass sollte seine Partei die eigene Mehrheit in der nächsten Unterhauswahl gewinnen, das Human Rights Act aus dem Jahr 1998 würde geändert, um den Einfluss des EMRK auf GB zu verringern.

Ausführliche Information zu diesem Thema finden Sie im Artikel von Dr. Keith Barlow unter:

http://www.die-linke.de/fileadmin/download/international/info_international/international_2012_9_eu-recht.pdf

Keith Barlow

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 19:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

4. Dienstag, 17:30 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

1. Dienstag, 18.30 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr.

Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

Lisa emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Literaturkabinett im Liebknecht- Haus

letzter Mittwoch, 19:00 Uhr

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Conny Falken, Coppistraße 63

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Di., 18. Juni 2013 - 18.00 Uhr

Wohnen - Grundrecht oder Luxus? Es diskutieren: Dr. Barbara Höll, MdB, Mitglied des Fraktionsvorstandes der Fraktion. DIE LINKE im Bundestag, Anke Matejka, Vorsitzende des Mieterbundes Sachsen, Ronald Linke, Vizepräsident Haus & Grund Sachsen e.V. Bernhard Hummel, Miethäuser Syndikat, Westwerk Biergarten, Eingang Tor B, Karl-Heine-Straße 93

Mi., 19. Juni 2013 14.00 Uhr

Ratsversammlung, u.a. mit der Wahl der Bürgermeister für Ordnung und Umwelt; Soziales; Wirtschaft, Ratssaal Neues Rathaus

Di., 25. Juni 2013 - 18.00 Uhr

Diskussion / Vortrag, mit Prof. Dr. Gerhard Hoffmann, Moderation Prof. Dr. Manfred Neuhaus, Der Westen und der Rest, Niall Fergusons Geschichte vom Wettstreit der Kulturen aus orienthistorischer Sicht. Niall Ferguson, britischer Historiker mit den Spezialgebieten Imperialismus, Wirtschafts- und Finanzgeschichte, stellte 2011 in seinem Buch »Der Westen und der Rest der Welt« die These von sechs »Killer-Applikationen« auf. Wettbewerb, Wissenschaft, Demokratie, Medizin, Konsumismus und Arbeitsmoral hätten dem Westen gegenüber dem Rest der Welt seine Überlegenheit verschafft.

Di., 25. Juni 2013 13.00 - 15.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Skadi Jennicke im Bürgerbüro MdL Cornelia Falken. Coppistraße 63, Leipzig

Di., 25. Juni 2013 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46, 04329 Leipzig

Mi., 26. Juni 2013 - 15.00 - 17.00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16, Grünau

Do., 27. Juni 2013 - 17.00 Uhr

Öffentliche Fraktionssitzung, Thema: Umbau der Haltestelle Diakonissenhaus zu einer barrierefreien Haltestelle, Gäste: Frau Manthey, Stadtbau AG, Herr Möllering, GF Diakonissenhaus, Herr Muske LVB und Herr Göhner vom Verkehrs- und Tiefbauamt, Cafe Schwarz, Georg-Schwarz-Straße 56

Do., 27. Juni 2013 - 18.30 Uhr

REIHE: Rosa L. in Grünau, Architektur als Propaganda – Pariser Weltausstellung von 1937, mit Anja Eichhorn, Kunsthistorikerin, Der Vortrag beschäftigt sich dabei sowohl mit den Beiträgen aus Deutschland, UdSSR und Italien, Klub Gshelka, An der Kotsche 51, 04207 Leipzig

Fr., 28. Juni 2013 - 20.00 Uhr

Lesung / Gespräch, mit Saskia Nitsche, Jonathan Böhm, Eric Jan Faust, hinZundkunZ Georg-Schwarz-Straße 9, 04177 Leipzig

Di., 02. Juli 2013 - 18.30 Uhr

„Esskultur, Radkultur, Soziokultur...“, wie weit reicht unser Kulturbegriff?“ Beginn der offenen Diskussionsreihe der AG Kunst

und Kultur mit dem Ziel Anregungen für das Kommunalwahlprogramm herauszuarbeiten. Dachgeschoss im Liebknecht-Haus-Leipzig, Braustraße 15

Mi., 03. Juli 2013 - 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Carola Lange. Bürgerverein Volkmarshaus, Konradstraße 60 a

Mo., 08. Juli 2013 - 19.00 Uhr

Diskussion / Vortrag, Marx, der Marxismus und die ökologische Krise, mit Prof. Dr. Christoph Görg, Kassel/Leipzig, Aufgrund der massiven Krisenphänomene tauchte der Name Karl Marx in den letzten Jahren wieder verstärkt in den Feuilletons auf. Es wurde gefragt, ob Marx mit seiner These von der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus nicht vielleicht doch Recht gehabt habe. Universität Leipzig, Hörsaalgebäude, Leipzig HS 8

Mo., 09. Juli 2013 - 13.00 - 15.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Skadi Jennicke im Bürgerbüro MdL Cornelia Falken. Coppistraße 63, Leipzig

Mi., 11. Juli 2013 - 16.00 - 18.00 Uhr

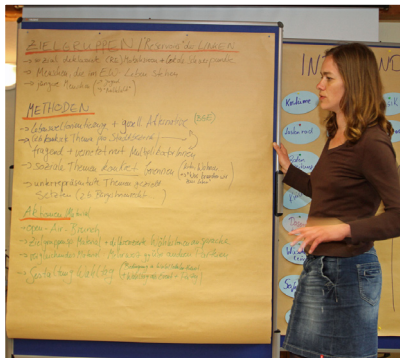
Bürgersprechstunde mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Volker Külow und der Stadträtin Naomi-Pia Witte. Abgeordnetenbüro Georg-Schwarz-Straße 8

Do., 18. Juli 2013 16.00 - 17.30 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Ilse Lauter, im KOMM-Haus, Selliner Straße 17, Grünau

Partei von unten: Einstimmung auf den Bundestagswahlkampf - Ideenreiche Basiskonferenz am 25.5.2013

Rund 40 GenossInnen und auch Interessierte ohne Parteibuch fanden sich am 25.5.2013 im Liebknecht-Haus zur nunmehr dritten Basiskonferenz in die-



Juliane Nagel

sem Jahr ein.

Nach den beiden ersten, die sich mit dem OBM-Wahlkampf auseinandergesetzt hatten, wurde der Blick nun nach vorn, auf die Bundestagswahlen gerichtet.

Ein Anknüpfungspunkt waren die Kritiken, die auf der vorangegangenen Basiskonferenz am 21.3.2013 im Volkshaus in Bezug auf den OBM-Wahlkampf geäußert wurden: von der Überstrapazierung der Kräfte der Basis durch zu viele Verteilaktionen über die mangelnde Einbeziehung inhaltlich und zielgruppenorientierter arbeitender Strukturen der Partei, fehlendem Einfallsreichtum in der Außenwirkung bis hin zu intransparenter Kommunikation.

Nach dem reichhaltigen Mitbringfrühstück startete die Basiskonferenz mit einem Einstimmungsplenum. Dieses wurde von Landes-Wahlkampfmanager Lars Kleba, dem Leipziger Wahlkampfleiter Ricky Burtzloff und Landesvorstandsmitglied Tilman Loos bestritten, die Informationen zum Ablauf des Wahlkampfes, Themen, Materialien und zum neuen Wahlrecht gaben.

Daran schlossen sich drei Workshops an, in denen die Mitglieder und SympathisantInnen angeregt und ergebnisorientiert diskutierten.

Im Workshop „Kreativer und interaktiver Wahlkampf“ wurden Ideen für eine ansprechende Gestaltung von Wahlkampfständen gesammelt. Dies kann durch eine gute Gestaltung von Ständen, die bei jedem Einsatz durch verschiedene Altersgruppen unserer Par-

tei besetzt werden sollten, sowie durch kreative Begleitaktionen geschehen. Popcorn, Kreide oder Seifenblasen können die Außenwirkung unserer Stände im öffentlichen Raum aufpeppen und Barrieren für Menschen senken. Spannend ist auch die Idee Leute einzuladen ihre Wünsche und Ideen – an die Entwicklung der Stadt oder an politische Maßnahmen – auf Plakate zu schreiben. Solche Anregungen könnten und sollten dann von KandidatInnen und Wahlstab diskutiert und aufgegriffen werden. Eine erste Konsequenz des Workshops ist, dass es in Kürze eine Ausrüstung zum Dosen-Werfen für Wahlkampfstände im Liebknecht-Haus geben wird. Auch das neu erworbene Lastenrad des Stadtverbandes ist ein Hingucker und steht für Aktionen zur Verfügung.

Im zweiten Workshop ging es um die Frage wie wir unentschlossene und unerschlossene (Nicht-)WählerInnen



Lars Kleba

erreichen können. Reservoirs der LINKEN sind einerseits sozial deklassierte Menschen, andererseits Menschen, die im Erwerbsleben stehen und jüngere, selbstbestimmungsorientierte Leute. Während erstere wieder stärker mobilisiert werden müssen, sich überhaupt am politischen Prozess zu beteiligen, müssen die beiden anderen Gruppen überhaupt bzw. stärker erschlossen werden. Dies ist gerade vor dem

Hintergrund starker Zuzüge jüngerer Menschen nach Leipzig wichtig. Ideen für Methoden und Aktionen um diese Zielstellung zu erreichen waren zahlreich... Ob durch die Verknüpfung von Lebensweltorientierung und gesellschaftliche Alternativen in der politischen Kommunikation, durch ein kommunikatives und offenes Auftreten anstelle von Wahrheitsverkündung, durch die konkrete Übersetzung unserer Kernforderung nach sozialer Gerechtigkeit (z.B. bezahlbares Wohnen, Kitaplätze für alle ...) oder mit dem gezielten Setzen von Themen, die nicht sofort mit der LINKEN assoziiert werden (ÖPNV, Netzpolitik ...). Konkret gab es Ideen für zielgruppenspezifisches Material, z.B. für eher „grüne“ Ortsteile in Süd/Altwest und Süd, für Polit-Brunches im öffentlichen Raum und generell eine differenzierte WählerInnenansprache statt .

Der dritte Workshop trug den Titel „Effiziente und Transparente Kommunikation“. Hier wurden Defizite in der innerparteilichen Kommunikation wie auch Außenkommunikation besprochen und Verbesserungsvorschläge gesammelt. Die Kommunikation in unserer Partei verlaufe viel zu stark von oben nach unten, so ein wichtiger Befund. Um dies zu ändern wurde angeregt, die Beratung der Ortsvorsitzenden stärker für den Austausch zwischen den Stadtbezirksverbänden zu nutzen oder mehr Basiskonferenzen zu veranstalten. Auch für die Gestaltung des Mitteilungsblattes, der Website und des E-Mail-Newsletters wurden Ideen gesammelt. Zudem sollte die Arbeit der Leipziger Landtags- und Bundestagsabgeordneten stärker Niederschlag in den lokalen Publikationen



finden. Der grundsätzliche Tenor des Workshops war, dass unser Stadtverband mehr Raum für Ideenaustausch, Kommunikation und soziales Miteinander braucht.

Die gesammelten und kompletten Ergebnisse der Basiskonferenz werden an den Wahlstab übergeben und auch auf der kommenden Beratung der Ortsvorsitzenden zur Verfügung gestellt.

Dann kommt es darauf an die zahlrei-

chen guten Ideen zu erproben. Dass dabei nicht alles im anstehenden Bundestagswahlkampf umgesetzt werden kann, ist klar. Es gilt auch langfristige Veränderungsprozesse in Gang zu bringen.

Wahlkampf sind Mobilisierungszeiten, sie sollen trotz der vielen und harten Arbeit Spaß und Menschen Lust auf politische Mitwirkung machen. Nur eine lebendige Partei, die durch eine solida-

rische Diskussionskultur, durch gegenseitige Wertschätzung und barrierefreie Möglichkeiten zur Mitbestimmung geprägt ist, kann auch positiv nach Außen strahlen. Die Basiskonferenz war ein lebendiges Beispiel dafür.

Juliane Nagel

Kultur ist zu wertvoll, um Plätze frei zu lassen.



Unter diesem Motto feierte die Kulturloge Leipzig & Region am 28. Mai ihr einjähriges Bestehen im Lindenauer Westflügel. Über 100 Gäste und Unterstützer_innen waren gekommen, um zu gratulieren. Gefeierte wurde das Jubiläum natürlich mit einem Kulturprogramm, unter anderem mit dem Figurentheater-Duo Samira Lehmann und Stefan Wenzel, aber auch einige Gäste gaben der Kulturloge mit eigenen Musikbeiträgen etwas zurück. Am Abend wurde dann das neue Freundeskreis-

konzept vorgestellt, deren Mitglieder durch kleine Beiträge die Arbeit der Kulturloge auch zukünftig ermöglichen sollen.

Im November 2011 hatten wir (Heike Werner und Mandy Gehrt) die Berliner Kulturloge zu uns nach Leipzig eingeladen, um uns über das Konzept zu berichten

und um mögliche Kooperationspartner_innen für das Projekt zu begeistern. Oliver Reiner von der Villa hatte schnell sein Interesse signalisiert und so konnten wir das Projekt Kulturloge Leipzig & Region auf den Weg bringen. Seither wurden circa 2000 kostenlose Tickets für Kulturveranstaltungen an Menschen mit besonders geringem Einkommen vermittelt. 20 ehrenamtliche Mitarbeiter_innen engagieren sich bisher für das Projekt, weitere sind

willkommen.

Wenn Sie mehr erfahren wollen, Lust auf Kultur haben oder das Projekt unterstützen wollen, lesen mehr auf: www.kulturloge-leipzig.de

Mandy Gehrt



DIE LINKE

SBV Leipzig Mitte

Basisgruppe Messemagistrale

Einladung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch sehr herzlich für Dienstag, den 09. Juli 2013, 18,00 Uhr zu einer Diskussionsrunde

in das Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a ein.

Wir wollen mit Genossin Naomi - Pia Witte, Stadträtin und Delegierte zum Bundesparteitag, über die Ergebnisse des Bundesparteitages und über die Vorbereitung der Bundestagswahl diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen

Bärbel Dittrich

Vorsitzende der BO Messemagistrale

Zu Dietmars „notwendiger Nachlese“

Demokratisches Miteinander besteht genau darin, sich nicht anzumaßen darüber entscheiden zu dürfen worin der allein seeligmachende Weg besteht. Niemand, kein Dietmar Pellmann und keine Linksjugend kann und darf für sich den Anspruch hegen, in einer pluralen, demokratischen Partei die alleinige Marschrichtung vorzugeben, wer wann was äußern dürfe. Natürlich gibt es Grenzen innerhalb demokratischer Meinungsäußerung: um etwa im Namen der LINKEN Leipzig sprechen zu können, bedarf es demokratischer Legitimation, etwa durch das Vertrauen, welches Personen durch Wahl zum Vorsitzenden oder in einen Vorstand ausgesprochen wird, oder aber einen demokratischen Beschluss. Auf dem Transparent stand nirgendwo „DIE LINKE“, sondern explizit Linksjugend Leipzig. Das Transparent was das Ergebnis eines demokratischen Entscheidungsprozesses. Ein Unvereinbarkeitsbeschluss irgendeiner Parteigliederung, etwa des Stadtverbandes Leipzig, der die Aussage des Transpispis verurteilt, ist mir nicht bekannt.

Ich halte – auch als Gewerkschaftsmitglied – den vorausseilenden Gehorsam gegenüber „den Gewerkschaften“, wie ihn Dietmar als Begründung bemüht, für falsch. In den Gewerkschaften laufen die Debatten rund um die Veränderungen der Arbeitsgesellschaft längst ebenso ambitioniert, wie bei uns in der Partei: nicht nur gibt es mehrere Forschungsbeiträge etwa der Hans-

Böckler-Stiftung. Auch lagen etwa dem Ver.di Bundeskongress in Leipzig 2011 gleich mehrere Anträge vor, welche die qualifizierte Debatte zum Grundeinkommen und zur Entkoppelung von Arbeit und Einkommen zum Gegenstand hatten. Diese wurden mit knapper Mehrheit (60:40) abgelehnt. Freilich hat dies bisher keine Entsprechung in den oberen Führungsriege des DGB gefunden – eben jenen Ebenen, von denen unsere Partei nicht müde wird zu betonen, dass sie im Bündnis mit der „neoliberalen Einheitspartei“ stehen.

In die Isolation begeben wir uns viel mehr, wenn wir die inzwischen breit und intensiv geführte Debatte um den Wandel der Arbeitsgesellschaft, die nackten wissenschaftlichen Zahlen zur Transformation der Arbeitswelt und die Erkenntnisse der Soziologie der Sozialpolitik der letzten 30 Jahre ignorieren, während bereits ausgiebig tausende von Menschen auf unterschiedlichsten Ebenen und Organisationsformen die strukturelle Notwendigkeit der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen diskutieren, um der objektiv vonstaten gehenden Überflüssigmachung menschlicher Arbeit durch Produktivkraftentwicklung zu begegnen – eben ohne die Verelendung, Prekarität und Existenznöte, welche all dies heute noch für Millionen Lohnabhängiger bedeutet. Sich davor zu verschließen bedeutet hingegen, sich auf das credo „sozial ist was Arbeit schafft“ zu redu-

zieren. Dann ist es auch egal, womit der Standortwettbewerb zur Sicherung von Arbeitsplätzen gewonnen wird. Ob mit Rüstungsexporten oder mit der Prekarisierung der Arbeitnehmer_innen, hauptsächlich das Kapitalinteresse wird befriedigt damit die Firma nicht geschlossen wird. Sieht so moderne Arbeitnehmer_innenpolitik aus?

Wie bei den meisten Fragen lohnt sich auch hier, nochmal beim alten Marx nachzulesen. Lasst mich also enden mit einigen Sätzen aus den blauen Bänden: „Gleichzeitig ... sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen gewerkschaftlichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, dass sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; dass sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamte, nicht aber ihre Richtung ändert; dass sie Beruhigungsmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. ... Statt des konservativen Mottos: ‚Ein guter Lohn für gute Arbeit!‘ sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: ‚Nieder mit dem Lohnsystem!‘“ Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, 1865 (MEW 16 S. 152)

Steffen Juhran
Jugendpolitischer Sprecher DIE
LINKE. Leipzig
schreibt seine Abschlussarbeit zur
Ontologie der Arbeit bei Karl Marx
und Georg Lukács

„Freizeit und Kuchen!“

Für ein Recht auf Einkommen

Zum Beitrag „1.Mai - eine notwendige Nachlese“ von Dr. Dietmar Pellmann

Unser Stand am 1. Mai hat mindestens zwei Probleme offenbart. Natürlich ist erstens zu fragen, wer das Recht hat zu entscheiden, welches Transparent geistreich und witzig ist und also hängen darf oder nicht. Aber zweitens, und nur darum soll es in meinem Beitrag gehen: Was ist an der Forderung nach Freizeit und Kuchen falsch? Jahr-

hunderte lang galt es als richtig, dass wer nicht arbeitet, auch nicht essen solle. Das Einkommen jedes Menschen rechtfertigte sich aus seiner Arbeit. Erwerbsarbeit wohlgeerntet. Davon lebten die abhängig Beschäftigten schlecht bis leidlich, in der alten BRD zunehmend besser. Etwa Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts erfolgte ein Bruch. Zumindes in der sogenannten ersten Welt kam der Mehrbedarf an Mitteln des Lebens an eine Grenze. Die Wachstumsgrenze war erreicht.

Zudem war der technologische Fortschritt enorm weit gediehen. Folge: Es braucht immer weniger Menschen, die herstellen, was wir brauchen. Viele verloren und verlieren ihre Arbeit, und damit ihr Einkommen. Auf diesen Mangel an Erwerbsarbeit hat herrschende Politik, etwa mit dem Think-Tank „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, reagiert und Arbeitsplätze zu einem unhinterfragbaren Wert an sich erklärt. Wenn heute irgendwo ein Unternehmen ankündigt, ein Werk hinzustellen,

wird in den Nachrichten nicht gesagt, dass sie damit viel Geld verdienen wollen, nein. Sie schaffen Arbeitsplätze. Sie kommen also nicht als simple Geschäftstreibende daher, sondern als Wohltäter für die Gemeinschaft. Erinnert Ihr Euch, als BMW sich in Leipzig ansiedelte? Am Tag nach der Entscheidung erschien die LVZ mit BMW-Logo. Um zu zeigen: Leipzig sagt Danke!. Als wäre die Schaffung von Arbeitsplätzen ein altruistischer Akt. Deshalb müssen Investoren gelockt und gelobt, Werk-tätige aber zum Verzicht aufgerufen werden. Hieß es früher: „Alles Gute zum Geburtstag, und Hauptsache gesund“, so heute: „Hauptsache Arbeit“. Genau, als sie knapp wurde, ist es ist gelungen, „Arbeit“ als solche heilig zu sprechen. Wenn das so bleibt, hat der neoliberale Zeitgeist gewonnen. „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Na, danke!

Linke sollten dieser Hegemonie, die alle Menschen, egal ob sie arbeiten oder nicht, zum Anhängsel von „wirtschaftlichem Erfolg“ macht, eine Diskussion entgegensetzen, die ausgeht von der Frage: Was braucht der Mensch? Diese

Diskussion gibt es, schon lange. Der Kabarettist Werner Schneyder stellte sich 2007 auf dem Parteitag zur Gründung unserer Partei auf die Bühne und rief den Delegierten zu: „Die Forderung nach einem Recht auf Arbeit ist Blödsinn! Es ist nicht einzusehen, dass jemand am Bau der Arche mittut, wenn von vornherein klar ist, dass er nicht mitgenommen wird.“

Es geht nicht darum, sich verdingen zu müssen, sondern um einen gerechten Anteil am Reichtum der Gesellschaft für Alle. Es geht um ein Recht auf Einkommen.

Diese Diskussion aufnehmend, haben einige Menschen am 1.Mai, der eben auch den Gewerkschaften als „Tag der Arbeit“ gilt, mit einem Transparent drauf hingewiesen, dass die Forderung nach „Brot und Arbeit“ falsch ist. Diese Forderung steht entweder mit beiden Beinen im 19.Jahrhundert, da hatte sie womöglich Berechtigung, oder bedient heute das Agitieren der Herrschenden. Wenn Gewerkschaften auf diesen Hinweis pikiert reagieren sollten, muss DIE LINKE, die eine politische Partei ist und

damit verpflichtet zur politischen Willensbildung, zur Aufklärung beitragen. Der 1. Mai als Kampftag der Werktätigen ist entstanden aus dem Kämpfen der US-amerikanischen Gewerkschaften um den 8-Stunden-Tag. Also um den Kampf um Arbeitszeitverkürzung, also um den Kampf für mehr Freizeit. Erwerbsarbeit stellt Vieles von dem zur Verfügung, was Menschen zum Leben brauchen. Jedoch ist sie in aller Regel ein Muss, das auf ein Mindestmaß begrenzt gehört, weil der Mensch glücklich erst ist, wenn er tut, was er will. Der neoliberale Zeitgeist will uns etwas anderes einreden. Er reduziert das Menschsein auf die Verwertung auf dem Arbeitsmarkt und den Arbeitsplatz zur anbetungswürdigen Ikone. Diskussionen zu führen, die diesem Zeitgeist seine Geistlosigkeit vorführen, sind geistreich. Und wenn der Zeitgeist sich verweigert, darf auch gelacht werden.

Holger Weidauer

Quo vadis Stadtverband?

Traurig hängen zwei Fahnen vor unserem Liebkechthaus. Sie sind verblichen und ausgefranst. Ein Schild am Haus zu Öffnungszeiten und mit Kontaktdaten? Fehlanzeige!

Was für ein Bild unserer Partei wird geboten, falls sich jemand für uns und unsere Politik interessieren sollte und in unser Haus in der Braustraße will?! Dabei können wir sehr gut neue MitstreiterInnen gebrauchen.

Seit Jahren treten GenossInnen aus der Partei aus oder sie wechseln vom Stadtverband in einen der Landkreise und engagieren sich dort. Das ist doch sehr schade! Warum tun sie das? Der Gründe gibt es mehrere, aber immer öfter ist zu hören, dass dies auch mit der politischen Kultur, mit dem Umgang untereinander in der Leipziger Linken zu tun hat.

Kritische Stimmern werden nicht gehört, Nachfragende an den Pranger gestellt. Lebendige Debatten werden verhindert. Das hat viele frustriert und sie kehren uns den Rücken.

Momentan hat der Stadtverband 1.407 Mitglieder. Davon fanden sich nur 331 zur Gesamtmitgliederversammlung ein. Das Durchschnittsalter beträgt 66,81 Jahre. Nur 17 % sind jünger als 51 Jahre. Der Anteil der Genossinnen bis 50 Jahre beträgt sogar nur 10 % .(Stand 22.02.2013)

Parteieintritte können den Mitgliederschwund bei weitem nicht ausgleichen. Im vergangenen Jahr traten 25 Personen ein, davon nur 5 Frauen. In diesem Jahr sind bislang 6 Parteieintritte, davon eine Frau, zu verzeichnen (Stand 21.03.2013).

Besonders wenig erreichen wir also Frauen mit unseren konkreten Angeboten. Zahlreiche Studien belegen, dass besonders für Frauen eine freundliche, offene Atmosphäre wichtig und ein Mangel derselben Grund ist, sich nicht zu engagieren.

Das hat dramatische Folgen für unsere weitere Arbeit. Wie finanzieren wir künftig unsere politischen Aktivitäten? Mit wem bestreiten wir unsere Wahl-

kämpfe? Wie bezahlen wir künftig unsere beiden Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle? Und last but not least: Mit wem diskutieren wir neue Ideen für eine bessere Welt?

Quo vadis Stadtverband?

**Beate Ehms
AG LISA**

Bericht von der LandesvertreterInnenversammlung

Da ich von der Linksjugend Leipzig nominiert und anschließend auf unserer Gesamtmitgliederversammlung als Leipziger Vertreter zur VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der sächsischen Landesliste zur Bundestagswahl 2013 gewählt worden bin, möchte ich die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle kurz von der LandesvertreterInnenversammlung (LVV) zu berichten.

Die VertreterInnenversammlung fand direkt im Anschluss an den vermutlich kürzesten Landesparteitag seit langem statt. Der Landesparteitag selbst hatte vorher unter anderem die Aufgabe, die neu gefassten Bildungspolitischen Leitlinien zu verabschieden, an deren Erarbeitung sich aus Leipzig unter anderem Werner Kujat, Conny Falken und Dirk Wagner beteiligt hatten. Am Anfang der LVV, die im Globana Trade Center in Schkeuditz stattfand, wurde zunächst kontrovers über die Geschäftsordnung debattiert. Statt wie bei vielen anderen Listenaufstellungen hatte der Landesvorstand vorgeschlagen, nicht alle Plätze einzeln wählen zu lassen, sondern nur die ersten beiden Plätze und anschließend die jeweils folgenden drei Plätze auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung (Plätze 3, 5 und 7) sowie der gemischten Liste (Plätze 4, 6 und 8) und die verbleibenden Plätze auf den beiden Listen in einer Blockwahl wählen zu lassen. Dieser Vorschlag, von einem Landesparteitagsbeschluss gesichert, sollte in der Geschäftsordnung unterlegt werden. Dazu schlug der Landesverband unter anderem ein Quorum von 25% der gültigen Stimmen vor, damit jemand in diesem Verfahren als gewählt gelten kann. Ein Dresdner Delegierter stellte den Änderungsantrag, das Quorum auch in diesem Wahlverfahren wieder auf 50% anzuheben. Begründet wurde dies vor allem mit der höheren demokratischen Legitimation. Dem entgegenhalten wurde, dass ein 50%iges Quorum bei einer Blockwahl einerseits unüblich sei und zum anderen das gewählte Verfahren de facto wieder aushebeln würde, da es mit großer Wahrscheinlichkeit wie-

der zu Stichwahlen um einzelne Plätze kommen würde. Genau diese Kopf-an-Kopf Kampfabstimmungen sollten diesmal vermieden werden. Das Quorum bleibt nach erfolgter recht eindeutiger Abstimmung bei den vorgeschlagenen 25%, jedoch wurde ein anderer Änderungsantrag zur Geschäftsordnung zuvor angenommen. Im vorliegenden Vorschlag war vorgesehen, da üblichen Redeschlachten bei den Für- und Gegenreden zu vermeiden, in dem Fragen an die Kandidierenden schriftlich bei der Tagungsleitung abgegeben werden können, diese den Kandidierenden dann vorgelesen und von diesem mündlich beantwortet werden können. Das war ein Verfahren, welches beispielsweise im Landesverband NRW bei der Listenaufstellung erfolgreich praktiziert worden ist, für das sich die Mehrheit der VertreterInnen jedoch nicht begeistern konnte.

Nachdem die Verfahrensfragen geklärt waren, stellten sich zunächst die beiden konkurrenzlosen und zuvor von einem sogenannten „Kleinen Parteitag“ nominierten SpitzenkandidatInnen, Katja Kipping und André Hahn, den VertreterInnen vor und wurden mit knapp 80% (Katja Kipping) und knapp 76% (André Hahn) gewählt.

Deutlich spannender wurde es bei der ersten Blockwahl auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung. Für die Listenplätze 3, 5 und 7 kandidierten neben unserer Leipziger Bundestagsabgeordneten Barbara Höll auch die jetzigen MdBs Caren Lay und Sabine Zimmermann. Letztere hatte sich kurz vor der Listenaufstellung noch ein Seite-3-Interview in der „jungen Welt“ organisiert und über eine Gewerkschaftsanzeige in einer Tageszeitung für sich werben lassen. Außerdem kandidierten die beiden „neuen“ Susanna Karawanskij, Kreisvorsitzende in Nordwestsachsen und Nominierte des Landesjugendverbandes, sowie Janina Pfau, die Kreisvorsitzende aus dem Vogtland. Während viele Stimmen im Vorfeld darauf tippten, dass Janina Pfau eher chancenlos ist und sich Platz 7 wohl zwischen Susanna Karawanskij

und Sabine Zimmermann entscheidet, war die Überraschung bei Verkündung der Ergebnisse bei vielen VertreterInnen und Gästen groß: Susanna Karawanskij wurde mit 107 Stimmen auf den dritten Platz gewählt, Caren Lay mit 98 auf den fünften und Sabine Zimmermann mit 88 Stimmen auf den siebenten Listenplatz. Unsere Leipziger Kandidatin Barbara Höll folgte mit 59 Stimmen und dahinter Janina Pfau mit 42 Stimmen.

Auf der gemischten Liste tummelten sich gleich noch mehr BewerberInnen: neben Janina Pfau, die erneut kandidierte, trat außerdem Mike Nagler als noch-nicht-MdB für die drei Plätze an. Außerdem kandidierten Axel Troost (Westsachsen), Michael Leutert (Chemnitz), Ilja Seifert (Görlitz) und Jörn Wunderlich (Zwickau). Während Axel Troost mit großem Abstand auf Platz 4 gewählt worden ist (114 Stimmen), betrug der Abstand zwischen Jörn Wunderlich (Platz 6, 82 Stimmen) und Michael Leutert (Platz 8, 81 Stimmen) lediglich eine einzige Stimme. Über vier mal musste die Wahlkommission diesen Wahlgang auszählen. Hinter den gewählten dreien folgten Ilja Seifert (71 Stimmen), Mike Nagler (33 Stimmen), Janina Pfau (15 Stimmen) sowie Barbara, die aus Versehen noch auf dem Stimmzettel stand aber zuvor erklärt hatte, erst wieder ab Platz 9 zu kandidieren. Auf diesem wurde sie dann auch mit großer Mehrheit (123 Stimmen, 68,7%) gewählt. Ilja Seifert wurde auf Platz 10 gewählt und es folgen (in Reihenfolge der Plätze) Andrea Schrutek (Erzgebirge), Lothar Schmidt (Mittelsachsen), Janina Pfau (Vogtland) und Thomas Kachel (Leipzig). Mike Nagler ist nicht erneut angetreten und Thiemo Kirmse (Chemnitz) wurde nicht gewählt, da nur 14 Kandidierende quotiert gewählt worden sind.

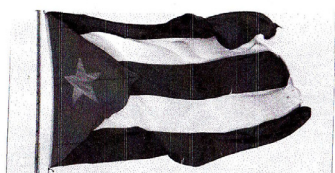
Besondere Brisanz für Leipzig hat natürlich das Ergebnis von Barbara, die erst auf Platz 9 gewählt worden ist und sich in der ersten Blockwahl nicht durchsetzen konnte. Zwar ist Listenplatz 9, auch durch die Veränderungen im Wahlrecht mit der damit verbundenen

Vergrößerung der Gesamtsitzzahl des Bundestages, den zu erwartenden hohen Stimmanteil für Parteien, die nicht in den Bundestag einziehen werden sowie die anhaltende Stärke unserer Partei den den ostdeutschen Ländern, durchaus ein realistischer Listenplatz, jedoch eben keineswegs einer, der als weitestgehend sicher einzustufen ist. Obwohl Leipzig mit 28 VertreterInnen eine Delegation hatte, die fast so groß ist wie die von Meißen, Nordwestsachsen und Vogtland zusammen (jeweils 10) muss natürlich kritisch hinterfragt werden, wie dieses Ergebnis zu Stande kommt. Dabei spielen einerseits natürlich auch immer Kooperationen zwischen einzelnen Kreisverbänden und regionale Interessen eine Rolle, gleichzeitig haben sich diese seit der letzten Listenaufstellung nicht wesentlich verändert. Andererseits müssen jedoch auch Fragen von Taktik und Technik eine Rolle spielen. So ist es mindestens verwunderlich, dass es in Leipzig keine Einladung zu einer Vorbesprechung aller VertreterInnen gab – was in anderen Kreisverbänden und sogar

bei Delegiertenberatungen des Jugendverbandes durchaus üblich ist. Auch vor Ort gab es keine gemeinsame Beratung der VertreterInnen aus unserem Kreisverband. Weiterhin haben mehrere Leipziger VertreterInnen Fürreden für Kandidierende gehalten: Ich selbst habe (in meinem Amt als Jugendpolitischer Sprecher des Landesverbandes ist das meine Aufgabe) das Votum des Landesjugendverbandes eingebracht. Margitta Hollick hat für Mike Nagler und Monika Runge für Thiemo Kirmse gesprochen. Sigg Schlegel hat eine positive Frage an Caren Lay gestellt, was in der Praxis unserer Partei meistens die Wirkung einer Fürrede hat. Niemand aus der Leipziger Delegation hat jedoch für Barbara gesprochen – und auch niemand aus einer anderen Delegation. Es waren nebenbei bemerkt, aber auch die Mehrheit der Leipziger Delegation, die für die Änderung der Geschäftsordnung und die Zulassung mündlicher Fürreden gestimmt hatten. Gerade vor diesem Hintergrund wäre es wichtig gewesen, auf die Wirkungen der eigenen Änderung vorbereitet

gewesen zu sein. Ebenfalls hatte der Stadtvorstand keine Unterstützungsschreiben für unsere Kandidatin organisiert, was zwar nicht zwingende Voraussetzung, aber immerhin ganz nützlich ist. Diese taktischen Fehler auf und im unmittelbaren Vorfeld der LVV sollten, wie auch eventuelle strategische Missgeschicke und eine zunehmende Isolation unseres Stadtverbandes, sollten im Stadtverband und insbesondere im Stadtvorstand gründlich ausgewertet werden, da es doch eine gewisse Schiefelage darstellt, wie unser Verband als größter Stadtverband bundesweit, auf dieser LVV abgeschnitten hat. Ich bedanke mich an dieser Stelle außerdem noch bei allen Genossinnen, die mir auf der Gesamtmitgliederversammlung ihr Vertrauen geschenkt und mich delegiert haben. Für Rückfragen und auch mündliche Berichte stehe ich natürlich gerne zur Verfügung.

Tilman Loos
Jugendpolitischer Sprecher DIE
LINKE. Sachsen



KUBANISCHER FILMABEND

WANN : SAMSTAG 22. JUNI 2013

WO : KARL-LIEBKNECHT-HAUS

BEGINN : 20 °° UHR

ES LADEN EIN: DIE AG JUNGE GENOSSEN UND DIE
AG CUBA SI LEIPZIG AUS ANLASS DES
85. GEBURTSTAGES VON ERNESTO GUEVARA (14.06.1928)



-MOJITO UND KUCHEN-